

II-10316 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM  
FÜR  
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

GZ 89.52.3/5-III:7/93

Wien, am 23. VI 1993

"Alemagna" - Autobahn;  
schriftliche Anfrage  
des Abgeordneten Renoldner  
und Kollegen  
(4737/J-NR/1993)

4662/AB  
1993-06-25  
ZU 4737/J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament  
1017 Wien

Die Abgeordneten Renoldner und Kollegen richteten am 30. April 1993 unter Zl. 4737/J-NR/1993 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend das italienische Bauvorhaben einer Autobahnverbindung vom Südtiroler Ahrntal ins österreichische Zillertal, welche folgenden Wortlaut hat:

- " 1. Welche Konsequenzen hat der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten aus dem zitierten Beschluß des Tiroler Landtages gezogen?
2. Welche konkreten Verhandlungsschritte mit der italienischen Regierung wurden bereits eingeleitet?
3. Welche weiteren Schritte werden in diesen Verhandlungen vom Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten gesetzt werden?
4. Sind dem Bundesminister der Verwirklichungsstand und die Planungsabsichten der Alemagna Autobahn vertraut?

- 2 -

5. Hält er es für ausreichend, daß in österreichischen Politikeraussagen behauptet wird, daß Österreich dieses Bauprojekt ablehnt?
6. Hält er es darüber hinausgehend für notwendig, auch von der italienischen Regierung entsprechende Konsequenzen zu verlangen?
7. Wie beurteilt der Bundesminister die Vorgangsweise des Bundeskanzlers gegenüber dem Tiroler Landtag?
8. Mit welchen konkreten Forderungen wird der Bundesminister an die italienische Regierung herantreten?
9. In welcher Form und mit welchen konkreten Forderungen wurde das Problem der Alemagna Autobahn in den Verhandlungen über einen Beitritt der Republik Österreich zu den Europäischen Gemeinschaften vorgetragen?
10. Ist dem Bundesminister das Ausbau- und Etappenprogramm der nationalen italienischen Autostraßen-Errichtungsgesellschaft ANAS über die Verwirklichung der Alemagna-Autobahn zum Tunneldurchstich vom Südtiroler Taufertal in das Nordtiroler Zillertal bis einschließlich 1999 bekannt?
11. Vertritt der Bundesminister die Ansicht, daß es zweckmäßig ist, den Heranbau einer riesigen Nord-Süd-Straßen-transversale bis an die österreichischen Grenzen abzuwarten, bis die österreichische Bundesregierung Maßnahmen gegen eine Verlängerung dieses Projektes durch das österreichische Bundesgebiet ergreift?
12. Bis wann ist nach Ihrer Einschätzung mit einem Erwachen des Bundeskanzlers aus dem seit Ende November andauernden Winterschlaf in der Alemagna-Frage zu rechnen?

- 3 -

13. Bis wann und wie wird die Bundesregierung dem Beschluß des Tiroler Landtages, der sie zum Handeln auffordert, Rechnung tragen?
14. Wird sie im Fall von Unwilligkeit oder Unfähigkeit zum Handeln dem Tiroler Landtag dies mitteilen?
15. Hält der Bundesminister in einer Zeit separatistischer Bewegungen die bisherige Behandlung des zitierten Tiroler Landtagsbeschlusses durch die Wiener Behörden der Bundesregierung in einer für Tirol bedrohlichen Verkehrsfrage für politisch weitsichtig?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Allgemeines:

Ich möchte darauf hinweisen, daß das Projekt der Alemagna an Österreich in den letzten 15 Jahren von keiner Seite herantgetragen wurde. Nach meinem Wissen hat sich aufgrund einer Intervention des Landeshauptmanns von Südtirol nunmehr auch Bayern gegen deren Bau ausgesprochen. Der EG-Verkehrsminister-rat hat sich am 7. Juni 1993 mit der Streichung der Alemagna aus dem EG-Netzplan befaßt. Nach Berichten aus Brüssel ist die formelle Streichung der Alemagna aus diesem Netzplan anläßlich des nächsten EG-Verkehrsministerrats zu erwarten. Nach mir vorliegenden Meldungen ist überdies damit zu rechnen, daß dieses Projekt auch in Italien zum Stillstand kommt.

1. Auf meine Veranlassung ist dem italienischen Außenministerium seit November des Vorjahres durch die Österreichische Botschaft Rom bereits dreimal mitgeteilt worden, daß Österreich nicht bereit ist, einer - wie immer gearteten - Fortführung des Alemagna-Projekts auf seinem Territorium zuzustimmen.
2. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf meine Antwort zu Frage 1.

Ich bin im übrigen der Auffassung, daß Straßenbaumaßnahmen rein inneritalienischer Natur nicht Gegenstand internationaler Verhandlungen sein können, da es sich hierbei um eine Angelegenheit handelt, die der souveränen Entscheidung Italiens unterliegt. Österreichisch-italienische Verhandlungen zu diesem Thema kämen nur dann in Frage, wenn beiderseits die Bereitschaft bestünde, hier ein grenzüberschreitendes Projekt zu verwirklichen. Genau diese Bereitschaft ist österreichischerseits, wie gesagt, aber keinesfalls gegeben.

3. Die Antwort auf diese Frage ergibt sich aus meiner Antwort zu den Fragen 1 und 2.
4. Die seinerzeitigen Planungsabsichten für die Alemagna sind mir bekannt; aufgrund des aktuellen Verwirklichungsstandes und der - eingangs erwähnten - allgemeinen Entwicklungen gewinne ich allerdings den Eindruck, daß diese Autobahn noch vor Toblach zum Stillstand kommen wird, wofür die Ablehnung durch Österreich und Südtirol, aber auch durch Bayern verantwortlich sein wird.
5. Abgesehen von den in meiner Antwort zur Frage 1 genannten Interventionen wurden die italienischen Behörden auch im Rahmen der Großen Gemischten Kommission und in der Zentraleuropäischen Initiative darüber in Kenntnis gesetzt, daß Österreich nicht bereit ist, einer - wie immer gearteten - Fortführung des Alemagna-Projekts auf seinem Territorium zuzustimmen.
6. Ich verweise auf meine Antwort zu den Fragen 2 und 5.
7. In meinen vorangegangenen Antworten habe ich dargelegt, daß es keinen Raum für irgendwelche Verhandlungen mit Italien zum Thema Alemagna gibt, solange es Österreich ablehnt, dieses Vorhaben zu einem grenzüberschreitenden Projekt zu

- 5 -

machen. Nach meinem Verständnis ist dies auch der Standpunkt, welcher dem Schreiben Bundeskanzler Dr. Vranitzkys vom 15. März d.J. zugrunde liegt.

8. Ich habe die Absicht, den italienischen Außenminister anlässlich unseres nächsten Zusammentreffens auch direkt über den - von Österreich gegenüber Italien in Sachen Alemagna wiederholt vertretenen - Standpunkt zu diesem Projekt zu informieren.
9. Im Rahmen der EG ist das Alemagna-Vorhaben bislang nur durch den erwähnten EG-Netzplan angesprochen worden. Wenn die Alemagna nunmehr, wie zu erwarten, auch aus diesem Netzplan gestrichen wird, ist das Thema in keiner Weise vom EG-Acquis erfaßt. Es besteht somit weder eine rechtliche Grundlage noch ein politischer Anlaß, die Frage der Alemagna zum Gegenstand der EG-Beitrittsverhandlungen zu machen.
10. Das in Frage stehende Ausbauprogramm ist mir nur insoweit bekannt, als es in Südtiroler Medienberichten behandelt wurde. Ich glaube im übrigen nicht, daß es - angesichts der von mir bereits geschilderten Entwicklung - heute noch aktuell ist. Außerdem verweise ich darauf, daß ein Tunneldurchstich nach Nordtirol eines bilateralen Vertrages mit Österreich bedürfte, zu dessen Abschluß die Bundesregierung nicht bereit ist.
11. Wie ich bereits eingangs bemerkt habe, halte ich es für ausgeschlossen, daß die Alemagna bis an die österreichische Grenze herangebaut wird, da eine solche Vorgangsweise für Italien - angesichts der beschriebenen österreichischen Haltung - verkehrspolitisch ins Leere führen würde und somit eine verlorene Investition wäre.

- 6 -

12. Ich verweise auf meine Antwort zu Frage 7.
13. Ich verweise auf meine vorstehenden Antworten.
14. Ich verweise auf das Schreiben des Bundeskanzlers vom 15. März 1993 an Landeshauptmann Dr. Partl, welches, wie ich annehme, an den Tiroler Landtag weitergeleitet wurde.
15. Der Tiroler Landesregierung und dem Tiroler Landtag ist seit langem bekannt, daß die Bundesregierung jedwede Fortführung des Alemagna-Projekts auf österreichischem Territorium ablehnt. Im vorerwähnten Schreiben des Bundeskanzlers ist dieser Standpunkt abermals bekräftigt worden.

Auch aus meiner Sicht ist dies die einzig richtige Haltung - und zwar nicht nur perspektivisch, sondern auch deshalb, weil sich die berechtigten Anliegen der Tiroler Bevölkerung in dieser Frage wohl nur dann auf Dauer durchsetzen lassen, wenn Tirol hier auf die Solidarität des Bundes zählen kann.

Der Bundesminister  
für  
auswärtige Angelegenheiten:

